



## Podiumsdiskussion: Mehr Geld gefordert

In einer regen Podiumsdiskussion unter Leitung der Moderation der BR-Journalistin Claudia Gürkov (von links) tauschten Nicole Lasall (Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern), Bezirkstagspräsident Josef Mederer, Prälat Bernhard Piendl sowie Matthias Münning ihre Erwartungen und Hoffnungen an das neue Bundesteilhabegesetz aus.

„Wir haben die Befürchtung, dass auch durch das neue Gesetz nicht genügend Geld vorhanden sei, um die angestrebten Änderungen auch wirklich umsetzen zu können“, so der Tenor. Ziel müsse es sein, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt leben können. Dazu gehöre auch die Entscheidung, wo ein Betroffener wohne. Bezirkstagspräsident Josef Mederer wies daraufhin, dass gerade bei der Großen Koalition in Berlin noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei. „Zu wenige Parlamentarier kennen unsere Forderungen und Wünsche. Daher müssen wir weiter Lobbyarbeit leisten und unser Eckpunktepapier publik machen.“

Auch Piendl forderte größeres Engagement aller Beteiligten in Berlin, um mehr Einfluss nehmen zu können. Dazu sei es nötig, möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Piendl lobte die breit geführten Konsultationen und Gespräche, die das Bayerische Sozialministerium geführt und gelei-

tet habe. Klar sei aber auch, dass insgesamt mehr Geld zur Verwirklichung der gesteckten Ziele erforderlich sei.

Mederer unterstützte diese Forderung und betonte, dass ein Bundesteilhabegesetz sich als feste Haushaltsgröße niederschlagen müsse. „Wir müssen die behinderten Menschen in die Mitte der Gesellschaft holen“, betonte auch Matthias Münning. Allerdings stellte er die Frage in den Raum, ob alle Beteiligten tatsächlich auf mehr Geld hoffen dürfen. „Auch ich glaube, dass wir mehr finanzielle Mittel benötigen, aber ich vermute, es wird nicht so kommen. Stattdessen müssen wir prüfen, wie und wofür wir unser Geld ausgeben. Das ist mühsam und anstrengend, kann aber auch sinnvoll sein“, machte er deutlich. Einig waren sich alle, dass das neue Gesetz die Rolle der Menschen mit Behinderungen neu regeln müsse.

Dazu gehöre der personenzentrierte Ansatz: „Es macht die Menschen stolz, wenn sie sich selbst organisieren können und ihr Leben selbst gestalten“, betonte Mederer. „Behinderte Menschen können das, genau wie Sie“, fügte Münning hinzu.

Nicole Lasall betonte aber, dass es zukünftig nur eine Instanz geben solle, die als Ansprechpartner für die Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehe.

TEXT LÜTTECKE, FOTO LECHLEITNER

## KOLUMNE: „Aussprache mit milden Tönen“



Von Hannes Burger

Wenn ein Festredner vor dem Bezirkstagspräsidenten die Grüße von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und seiner Sozialministerin Emilia Müller (beide CSU) überbringt, den Mitarbeitern der Bezirke für ihren Einsatz dankt und hinzufügt: „Die Bezirke sind einzigartig, unverzichtbar und ein wichtiger Partner der Staatsregierung“, so geht das den Delegierten runter wie das Oberpfälzer Bier, das der gastgebende Bezirkstagspräsident Franz Löffler zum festlichen Abendessen in Amberg servieren ließ.

Wird das Lob vor so vielen illustren Präsidenten, Direktoren, Vizepräsidenten, Vorständen und Abgeordneten aufgetragen, fällt es fast gar nicht auf, dass kein Minister dabei ist. Das heißt nicht, dass alle mit dem zufrieden waren, was der neue Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger (CSU) zum Tagungsthema sagte. „Der Neue“ war natürlich der erste Gesprächsstoff. Einige hatten nach den Sitzungen von sozialpolitischen Themen genug. Andere hatten offenbar über die Betonung gemeinsamer Ziele hinaus erwartet, der Staatssekretär werde auf altbayerische Art so kräftig auf den Tisch hauen, „dass in Berlin die Tintenglas springen!“ Zur Enttäuschung über die verschleppte und verfälschte Reform der Eingliederungshilfe hätte er deutlich Ross und Reiter nennen sollen, wer in Berlin daran schuld ist.

Doch Hintersberger ist ein ruhiger Schwabe und erfahrener Kommunalpolitiker. Es geht ihm wie den Bezirken: Die CSU-Präsidenten wollen CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht angreifen, die SPD-Vizepräsidenten nicht ihrer Parteifreundin, Bundessozialministerin Andrea Nahles weh tun; beide Parteien müssen Rücksicht nehmen auf die „Verwandten“ aus der kommunalen Familie – auch in den Bezirkstagen. Mehr Geld freut die Kommunen, aber nicht, wenn der Bund den Bezirken sagt: „Holt

euch die Eingliederungshilfe über die Umlagen!“

Hintersberger hat ja die Bundesregierung kritisiert, wen er dort meint, kann man sich aussuchen. Bei der Abendveranstaltung präsentieren sich traditionell die gastgebenden Bezirke kulinarisch wie kulturell, zum Beispiel mit jungen Musikern. Bezirkstagspräsident Franz Löffler und Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny (CSU) haben mit großem Stolz die ehemals sehr arme Oberpfalz herausgestrichen, die heute eine moderne Wirtschaft und eine niedrige Arbeitslosenquote aufweist. Daraus konnten wir bereits erhoffen, dass es nicht nur geräuchertes Bauerseufzer zu Bier und trockenem Brot geben wird.

## Burgers Bayern

Die gesellige Abendveranstaltung ist kein Luxus, sondern eine Gelegenheit, bei der Delegierte aus allen Bezirken und Parteien sich kennenlernen und Kontakte pflegen können. Außerdem gibt es in den Bezirken mehr Arbeit und Probleme, über die man sich hier austauschen kann, als das Tagungsthema. Lag es an der Hitze oder am Überdruß an dieser Dauerbaustelle Bundesteilhabegesetz? Das Eckpunktepapier hat eher eine matte, vorwiegend von Zustimmung getragene Sachdiskussion ausgelöst – sogar bei den Grünen. Auch auf eine Resolution wurde diesmal verzichtet!

Josef Mederer kann zufrieden sein. Der Präsident des Bezirkstags hat einen langen Tätigkeitsbericht vorgelegt, ihn aber nur in Auszügen vorgetragen. Die Stellungnahmen der Fraktionen fielen weithin milde aus: von Gerhard Wimmer (SPD) wie von Tamara Bischof (FW). Sie lobte Mederer für die Kritik an der Bundes- wie Landesregierung; manches hätte sie sich nur kräftiger gewünscht. So fand sich Unterfrankens Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel bestätigt: „Die Bezirke sind die Garanten für den sozialen Frieden in Bayern.“

## Statements der Fraktionssprecher auf Verbandsebene

# „Bezirke sind alternativlos“

„Die Bezirke sind alternativlos“ betonte Erwin Dotzel, Sprecher der CSU-Fraktion und Bezirkstagspräsident von Unterfranken, in der traditionellen Aussprache, nachdem Bezirkstagspräsident Josef Mederer seinen Tätigkeitsbericht vorgestellt hatte. Gerade dieser Bericht zeige die Vielfalt der Aufgaben der Bezirke und die vielfältigen Prozesse, die durch die Bezirke angestoßen und umgesetzt werden, erläuterte der CSU-Politiker. Ebenso betonte Dotzel aber auch, dass die Bezirke künftig noch stärker die verschiedenen „Teilöffentlichkeiten“ informieren müssten. Teilhabe und Inklusion seien die großen Herausforderungen, denen sich die dritte kommunale Ebene und die gesamte Gesellschaft in den kommenden Jahren stellen müssten. Vieles habe man bereits erreicht, dennoch sei man erst am Anfang des Weges. „Der Bund muss stärker in die Verantwortung genommen werden und sich

auch finanziell stärker beteiligen“, so Dotzel. Als sehr wichtig nannte Dotzel ein Mehr an rechtlicher Sicherheit, die durch das neue Maßregelvollzugsgesetz erreicht wurde. Hier hätten die Bezirke ihre Erfahrung in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen und Wichtiges erreicht.

Gerhard Wimmer, Sprecher der SPD-Fraktion, erinnerte daran, dass mehr als 25 000 Menschen davon über 1300 Auszubildende in den Einrichtungen der Bezirke arbeiten. Er forderte, dass für alle Mitarbeiter in allen Bezirken einheitlicher Tarif gelten müsse, ohne jegliche Ausnahme. Besonderes Augenmerk lege er auf die Situation in den Pflegeheimen. Der Beruf des Pflegers leide noch immer an mangelnder Anerkennung. Doch sei eine Aufwertung des Berufsbildes nicht zum Nulltarif erreichbar. Als Damoklesschwert bezeichnete er das neue Entgeltsystem PEPP, dass in der Psychiatrie und Psychosomatik bald gälte.

## Die einzelnen politischen Positionen der Bezirke

# „Gesetz mit Leben erfüllen“

„Wir haben uns eingebracht, wir haben wichtige Positionen zum Bundesteilhabegesetz deutlich herausgearbeitet und wir wollen und werden auch künftig aktiv an dem Bundesteilhabegesetz mitarbeiten“, betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer zum Auftakt der Podiumsrunde der Vollversammlung. Dabei sei der Dialog mit dem bayerischen Sozialministerium im Vorfeld äußerst konstruktiv gewesen, man finde viele Übereinstimmungen in wichtigen Fragen. Aber welche Erwartungen haben die unterschiedlichen Akteure, gibt es Gemeinsamkeiten und gemeinsame Schnittmengen?

Irgard Badura, Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen im Freistaat, stellte in ihrem Impulsreferat wichtige Aspekte in den Vordergrund. „Derzeit leben mehr als zehn Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland, die Anspruch haben auf eine neue gesetzliche Regelung“, führte Badura aus. Sollte das Gesetz entkernt werden und wichtige Forderungen

nicht erfüllen, kündigte sie bereits Protest an. Die Bezirke forderte sie auf, sich auch weiterhin für die Belange der Menschen mit Behinderung einzusetzen. „Ein Gesetz allein genügt nicht. Die Teilhabe muss dann auch umgesetzt und gelebt werden.“ Es müsse, so Badura, sichergestellt werden, dass die Bedarfsermittlung für Menschen mit Behinderung personenzentriert und umfassend realisiert sei. Dabei gelte es, trägerübergreifend zu kooperieren, um die Wünsche der betroffenen Menschen noch stärker zu berücksichtigen. Dies betreffe auch das Arbeitsleben. „Es ist besorgniserregend, dass immer weniger Menschen mit Behinderung ihren Platz im ersten Arbeitsmarkt finden“, so Badura. Dagegen könne man mehr Werkstättenarbeitsplätze finden. Als wichtigen Punkt zählte sie zudem auf, dass Menschen mit Behinderung endlich auch Anspruch auf die gleichen medizinischen und rehabilitativen Leistungen haben wie Menschen ohne Behinderung.

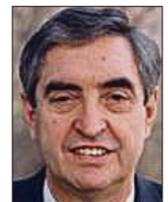
Tamara Bischof, Sprecherin der Freien Wähler, erinnerte daran, dass die Bezirke in der Diskussion um das Bundesteilhabegesetz gestalterisch wirkten, auch wenn die Resonanz in Berlin auf die Vorschläge und Impulse bisher noch zu gering sei.

Die Sprecherin der Grünen, Kirsi Hofmeister-Streit, plädierte für ein zentrales Melderegister für alle Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie und Forensik, denn eine solche Registrierung führe zu einer notwendigen Weiterentwicklung der jeweiligen Kliniken und Einrichtungen. Alle Rednerinnen und Redner sehen als eine der größten Herausforderungen die wachsende Zahl der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge. Laut neuesten Prognosen erwartet allein Bayern dieses Jahr mehr als 10000 Jugendliche, die dringend Hilfe und Unterstützung benötigen. Die Kommunen und Landkreise müssten hier mehr Unterstützung erfahren.

> HENNER LÜTTECKE

## Rupert Schmid feiert seinen 80. Geburtstag

Der ehemalige Oberpfälzer Bezirkstagspräsident Rupert Schmid feierte kürzlich seinen 80. Geburtstag. Auch sein Nachfolger Franz Löffler, zählte zu den Gratulanten und bescheinigte dem Jubilar eine geschickte Amtsführung sowie ein besonderes soziales und kulturelles Engagement für die Region: „Du hast große Spuren hinterlassen“, so Löffler.



Rupert Schmid war von 1990 bis 2008 oberpfälzischer Bezirkstagspräsident.

FOTO E.B.

Rupert Schmid (CSU) war von 1990 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2008 Mitglied des Bezirkstags der Oberpfalz, im Februar 1999 übernahm er das Amt des Bezirkstagspräsidenten. Von 1978 bis 2002 war er zugleich Landrat des Landkreises Regensburg. Schmid konzentrierte sich während seiner Amtszeit auf die Kernaufgaben der Bezirke: Soziales, Gesundheit und Kultur. So entstanden in der Oberpfalz neue Dienste und Einrichtungen im Sozialbereich, vor allem für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung. Unter seiner Leitung entwickelten sich auch die Bezirkskliniken zu modernen Gesundheitsanbietern.

> MARTINA HIRMER

## HINTERSBERGER

### Neuer Staatssekretär gefällt

Mit Spannung war der neue Staatssekretär im bayerischen Sozialministerium, Johannes Hintersberger (CSU), erwartet worden – und seine Rede stieß unter den Delegierten auf Zustimmung: „Ein kraftvolles Zeichen, weil es zeigt, dass die vielen Aufgaben, die wir als Bezirke ausüben, auch auf höchster Ebene Unterstützung und Rückhalt finden“, so der Tenor vieler Gäste. > U.L.

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstags, Redaktion: Ulrich Lechleitner